



Nr. 16

INFORMATION

ROMAN HERZOG **INSTITUT**

Die Sicht der Wirtschaft

SOZIALE UNGERECHTIGKEIT IN DEUTSCHLAND

Randolf Rodenstock

Die Sicht der Wirtschaft

SOZIALE UNGERECHTIGKEIT IN DEUTSCHLAND

Randolf Rodenstock

	Vorwort	2
1	Warum ist Gerechtigkeit wichtig?	3
2	Was ist Gerechtigkeit?	5
3	Vorurteile und Fakten	10
4	Ausblick: Was tun?	24
	Literatur	27
	Der Autor	28

Vorwort



Der Wunsch, dass es im Lande gerecht zugeht, war in der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft stets ein wichtiger Aspekt. Wie aber ist es zu erklären, dass das Thema „Gerechtigkeit“ trotz steigenden Wohlstands in der öffentlichen Debatte immer noch wichtiger wird? Es stimmt ja: Nicht etwa das Voranbringen neuer Ideen oder das Ergreifen von Chancen steht im Mittelpunkt des derzeitigen politischen Betriebs, sondern fast nur noch die Beseitigung vermeintlicher Ungerechtigkeiten.

Wer genauer hinsieht, beginnt zu ahnen, dass hier schwer vereinbare Begriffe von Gerechtigkeit im Umlauf sind. Während die einen im Wahlkampf plakativ: „Reichtum für alle“, fordern die anderen, dass „sich Leistung wieder lohnen“ müsse. Dieser Wettstreit von Gerechtigkeitsidealen gehört natürlich zu unserer freien, pluralistischen Gesellschaft. Aber das ändert nichts daran, dass er schon theoretisch kaum lösbar ist. Und außerdem klappt bei diesem emotionsgeladenen Thema zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit oft eine

gewaltige Lücke, die nicht durch Wahlkämpfe, sondern nur durch sachliche Information und Bildung verkleinert werden kann.

Das Roman Herzog Institut hat dieses politische Thema Nummer eins in den letzten Jahren immer wieder untersucht und in Publikationen aus vielen, interdisziplinären Blickwinkeln beleuchtet. Randolph Rodenstock fügt dieser Serie zu Fragen der Gerechtigkeit die Antworten speziell aus der Perspektive eines deutschen Unternehmers hinzu. Er nimmt auf der Grundlage seiner Erfahrungen im eigenen, über viele Jahrzehnte familiengeführten Unternehmen Stellung zu populären Gerechtigkeitsvorstellungen. Gestützt auch auf sein Wissen aus langjährigem Engagement in Verbänden der bayerischen und deutschen Wirtschaft, prüft er die landläufigen Meinungen auf ihren wahren Kern. Demnach sind manche Fehlurteile in unserem Land so verbreitet, dass wir von kollektiven Irrtümern sprechen müssen – selbst wenn sie gelegentlich ein Fünkchen an Wahrheit enthalten. Sein Fazit ist, dass die Verhältnisse in Deutschland in vielen Belangen gerechter sind, als viele glauben.

Darüber wird weiter zu streiten sein. Unser Hauptaugenmerk sollten wir aber auf die bedeutsame Ausnahme richten, auf die der Autor hinweist – auf die Verletzung der Chancengerechtigkeit im frühen Lebensalter, die weitreichende Folgen hat. Noch immer beeinträchtigt der Mangel an Ganztagskindergärten und -schulen sowohl die Startchancen der Kinder als auch die Berufs- und Karrierechancen der Mütter. Völlig zu Recht sehen die meisten Deutschen hier großen Nachholbedarf. Das ist ein in Gerechtigkeitsfragen seltener Konsens, der damit umso mehr zum Handeln auffordert.

Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog

Warum ist Gerechtigkeit wichtig?

Die soziale Gerechtigkeit in Deutschland ist bei Wahlkämpfen immer wieder heiß umstritten. So war es auch im Sommer des Jahres 2013, als es auf die Bundestagswahl zuging. Was wurde da nicht alles diskutiert: Mindestlohn, Mütterrente, Reichensteuer. Kaum eine Partei scheint der Versuchung widerstehen zu können, ein Mehr an Sozialleistungen und Umverteilung zu versprechen und zu plakatieren.

Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit oder vielmehr Ungerechtigkeit – besser gesagt: das Gerechtigkeitsempfinden – steht aber nicht nur bei Wahlkämpfen im Mittelpunkt, sondern stellt generell ein außerordentlich wichtiges Element in einer Gesellschaft dar. In unserer ausgesprochen arbeitsteiligen Gesellschaft sind die Menschen nämlich auf gegenseitige Zusammenarbeit angewiesen. Zu einer solchen Zusammenarbeit ist der Einzelne aber nur bereit, wenn er erkennt, dass

das Geben und Nehmen ausgewogen stattfindet und er nicht ausgebeutet oder zur Selbstaubeutung genötigt wird. Weil unsere Gesellschaft darüber hinaus sehr heterogen ist und sich immer weiter ausdifferenziert, werden allgemein verbindliche, gruppenübergreifende Werte, die für Zusammenhalt sorgen könnten, immer seltener.

Deshalb spielt das Gerechtigkeitsempfinden quasi als Bindemittel eine entscheidende Rolle für unsere Kooperationsbereitschaft. Die Gewissheit, in der Gesellschaft gerecht behandelt zu werden, drückt die Wertschätzung des Individuums durch die Gesellschaft aus. Dies vermeidet Konflikte bei der Verteilung begehrter Güter und ungeliebter Lasten: Man ist bereit, Bedürftigen wie Hartz-IV-Beziehern zu helfen, wenn man weiß, dass einem im Bedarfsfall ebenso geholfen wird.

Das Erleben von Gerechtigkeit steigert darüber hinaus die empfundene Lebensqualität der Menschen. Dieser Aspekt gewinnt gerade in einer Wohlstandsgesellschaft wie der unseren immer

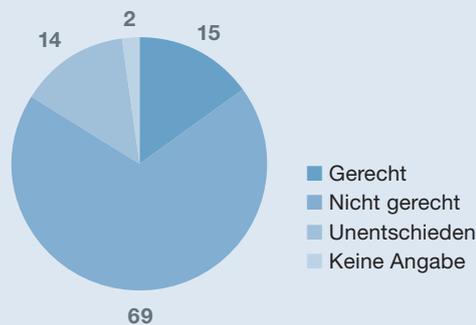


Die empfundene Gerechtigkeitslücke

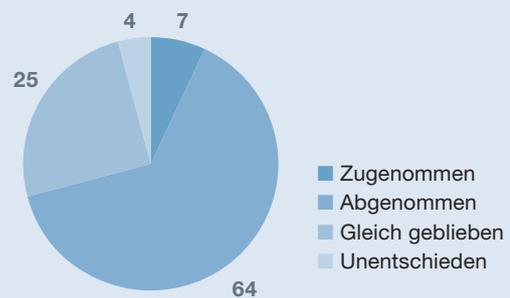
Abbildung 1

Angaben in Prozent

Antworten auf die Frage: „Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Antworten auf die Frage: „Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen oder ist sie gleich geblieben?“



Repräsentative Umfrage in der Bevölkerung über 16 Jahre.
Quelle: IfD, 2013

mehr an Bedeutung. Denn die jährlichen Wohlstandszuwächse – das quantitative Wirtschaftswachstum – fallen für uns derzeit und künftig deutlich geringer aus als für die vorhergehende Generation.

Unter dem Strich kann man sagen, dass Gerechtigkeit eine wesentliche Bedingung dafür ist, dass die Bevölkerung das notwendige Vertrauen in den Staat fasst. Das Vertrauen des Einzelnen ins politische und wirtschaftliche System gründet also auf seinem Gerechtigkeitsempfinden.

Befinden wir uns nun in einer Vertrauenskrise? Wie sonst ist zu erklären, dass sich Wahlkämpfe und Debatten in Deutschland derart stark an Themen der sozialen Gerechtigkeit entzünden? Weist die politische und mediale Allgegenwart sozialer Fragen auf ein mangelndes Gerech-

tigkeitsempfinden der Bevölkerung hin – oder gibt es schlicht andere Gründe dafür, dass sich Parteienvertreter im politischen Wettbewerb mit der Diagnose sozialer Mängel und Vorschlägen sozialer Wohltaten überbieten?

Das Zweifeln an der sozialen Gerechtigkeit ist in der Bevölkerung weit verbreitet, wie Umfrageergebnisse des Allensbach-Instituts belegen (Abbildung 1). Eine gute Zweidrittelmehrheit der Deutschen ist der Meinung, dass es bei uns wirtschaftlich und damit sozial ungerecht zugeht. Es kommt aber noch schlimmer: Eine etwa gleich große Mehrheit ist der Auffassung, dass die soziale Gerechtigkeit auf dem Rückzug ist. Diese Meinungen passen zu der geringen Akzeptanz unseres an sich bewährten Wirtschaftssystems der Sozialen Marktwirtschaft, die in anderen Umfragen deutlich wird.

Was ist Gerechtigkeit?

Mir scheint „Gerechtigkeit“, um mit den Worten des Ökonomen Friedrich August von Hayek zu sprechen, ein ausgesprochenes Wieselwort zu sein – vor allem, wenn es in Verbindung mit „sozial“ daherkommt. Es lässt sich nämlich beliebig ge- und missbrauchen. Den unscharfen Ausdruck „sozial“ gebrauche ich in diesem Zusammenhang daher nur im Sinne von „öffentlich austeilend“ im Unterschied zu „privat ausgleichend“.

Nur wenige Menschen haben ein klares Gerechtigkeitskonzept. Die Vorstellungen der meisten Menschen über Gerechtigkeit sind diffus und uneinheitlich. Darum erleben wir einen allgemeinen Meinungskampf um das angemessene Gerechtigkeitskonzept und um die vorherrschenden Gerechtigkeitsempfindungen.

Wie kann uns die Wissenschaft – sagen wir Philosophie, Psychologie und Ökonomie – hier weiterhelfen? Als Prinzipien, also als die wesent-

lichen Inhalte von Gerechtigkeit, bezeichnet die Wissenschaft:

- die Gleichbehandlung,
- die Unparteilichkeit und
- die Berücksichtigung individueller Anrechte.

Darauf bauen Gerechtigkeitskonzepte auf, von denen wir im allgemeinen Sprachgebrauch folgenden begegnen (RHI, 2011):

- Verteilungsgerechtigkeit (Gleichheitsgerechtigkeit),
- Bedarfsgerechtigkeit,
- Leistungsgerechtigkeit,
- Chancengerechtigkeit (Beteiligungsgerechtigkeit),
- Generationengerechtigkeit sowie
- Verfahrensgerechtigkeit (Regelgerechtigkeit).

Diese Konzepte werden, da die Begriffe nicht ganz trennscharf sind, im Alltag gelegentlich gerne vermischt. Grob gesagt unterscheiden wir die meisten der genannten Gerechtigkeits-



Hoby Finn/Thinkstock

konzepte danach, ob sie ein bestimmtes Ergebnis zu bewerten versuchen oder ob sie auf eine gerechte Verteilung von Chancen abstellen (RHI, 2009; Kersting, 2010).

Die Verfahrensgerechtigkeit hingegen, die in der öffentlichen Diskussion äußerst selten auftaucht, hat möglicherweise in Demokratien (allerdings nicht nur in diesen) den höchsten Stellenwert. Geht es bei ihr doch darum, dass für die Einzelnen erkennbar wird, nach welchen Regeln die Güter und Lasten verteilt werden. Verfahrensgerechtigkeit wird charakterisiert durch die Merkmale:

- Neutralität,
- Transparenz,
- Beteiligung sowie
- Respekt und Anerkennung.

Der hohe Stellenwert der Verfahrensgerechtigkeit wird deutlich, wenn wir uns beispielsweise die Vorgänge um den Bau von Stuttgart 21 – dem geplanten neuen Stuttgarter Hauptbahnhof – in Erinnerung rufen. Die heftigen Proteste von Bürgerinnen und Bürgern – auch aus der Mitte der Gesellschaft – speisten sich oft aus dem Gefühl, von den Verantwortlichen überrumpelt und vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Viele beklagten mangelnde Mitsprachemöglichkeiten oder erkannten diese erst im Nachhinein. Offenbar störten sich die Menschen hier an einer Verletzung der Verfahrensgerechtigkeit.

So schön sich die verschiedenen Gerechtigkeitskonzepte methodisch darstellen lassen, so schwer sind sie in der Praxis zu greifen. Vor allem sind die ihnen jeweils zugrunde liegenden Kriterien außerordentlich schwer zu messen – etwa der angemessene Bedarf oder die erbrachte Leistung. Darüber streiten sich die Gelehrten, erst recht die Politiker und die Bürger.

Nach meiner persönlichen Auffassung sind uns die ergebnisorientierten Gerechtigkeitsbegriffe

(Verteilungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit) zwar sympathisch, weil wir in der Regel in unseren Familien entsprechend sozialisiert wurden. Im familiären Zusammenhang ist die zugrunde liegende Solidarität zwischen starken und schwachen Familienmitgliedern auch meist gegeben. Zudem sorgt die Nähe dafür, dass die soziale Kontrolle funktioniert und den Missbrauch des solidarischen Verhaltens verhindert. Die ergebnisorientierten Gerechtigkeitskonzepte erweisen sich aber, weil quasi statisch, für ein modernes, dynamisches Staatsgebilde als weniger geeignet. Für eine staatliche Zielsetzung zukunftsweisender und der Entwicklung zuträglicher wären deshalb chancenorientierte Konzepte wie die Chancengerechtigkeit und die Generationengerechtigkeit.

Anders als die Wissenschaft mit ihren theoretisch-systematischen Ansätzen nähert sich der Laie dem Gerechtigkeitsbegriff ganz anders, nämlich intuitiv (Fetchenhauer, 2010). Das hat mit der menschlichen Evolutionsgeschichte zu tun, wo wir über Hunderttausende von Jahren Erfahrungen gesammelt haben und damit sozusagen programmiert wurden. Man sagt, der Mensch stehe evolutionsmäßig noch auf dem Stand der Steinzeit. Damals waren die gesellschaftliche Organisation und die wirtschaftlichen Gegebenheiten von homogenen, ums tägliche Überleben ringenden Kleingruppen geprägt – völlig anders als in unserer modernen Zivilisation: Diese ist von Großgruppen, Anonymität, einer heterogenen Struktur und vor allem einem Wirtschaftswachstum gekennzeichnet, das es im Grunde so erst seit der industriellen Revolution gibt. Die Wachstumsfrage ist für den Gerechtigkeitsbegriff deshalb relevant, weil die Grundsätze zur Verteilung eines Kuchens fester Größe völlig andere sind als diejenigen für einen stetig zunehmenden Kuchen.

Weil unser wirtschaftliches und politisches Umfeld ständig in Bewegung ist, fällt es gerade ökonomischen Laien schwer, Erklärungen für diese Vorgänge zu finden. Selbst Experten, die auf spezifisches Wissen über wirtschaftliche Zu-



Jonathan Knowles/Gettyimages

sammenhänge zugreifen können, stehen dabei vor einer echten Herausforderung. Um aktuelle Entwicklungen bewerten zu können, orientieren sich Laien häufig an vereinfachten, intuitiven Entscheidungsregeln. Diese sogenannten Heuristiken – oder einfach Daumenregeln – haben den Vorteil, dass sie eine schnelle Beurteilung eines Sachverhalts ermöglichen. Sie sind praktisch, aber auch fehleranfällig. Intuitiv gelten für uns als Regeln (Fetchenhauer, 2012):

- das Do-no-harm-Prinzip,
- der Identifiable-Victim-Effekt,
- der Omission-Bias und
- der Status-quo-Bias.

Dem **Do-no-harm-Prinzip** zufolge lehnen wir Verteilungsvorschläge ab, wenn sich diese für

bestimmte Gruppen eindeutig negativ auswirken. Mit anderen Worten: Wir fügen ungern Schaden zu. Dazu gibt es ein aufschlussreiches Experiment: Man fragte Menschen, ob sie es gerecht finden, wenn Paare, die viele Kinder haben, niedrigere Rentenbeiträge bezahlen dürften. 73 Prozent der Befragten stimmten dem zu. Auf die Gegenprobe mit der Frage, ob denn Paare ohne Kinder höhere Rentenbeiträge zu bezahlen hätten, antworteten immerhin 55 Prozent mit Nein – offenbar weil letztgenannter Gruppe damit ein Schaden entstehen würde.

Ein Beispiel für den **Identifiable-Victim-Effekt** ist die Tatsache, dass unser Gefühl, von einem Ereignis betroffen zu sein, stark durch örtliche Nähe und persönliche Bekanntschaft beeinflusst wird. Kommt jemand zu Schaden, den wir ken-

nen, oder passiert dies in unserem Stadtviertel, nimmt uns dies viel mehr mit, als wenn es sich um eine große Zahl uns fremder Menschen im fernen Bangladesch handelt. Das ist zum Beispiel für unsere Hilfsbereitschaft relevant.

Der **Omission-Bias** – das heißt die Unterlassungsneigung – besagt, dass wir uns in bestimmten Situationen scheuen, aktiv zu werden. Die Präferenz fürs Nichthandeln zeigt sich etwa, wenn wir vor die Wahl gestellt sind, jemandem entweder durch ein bestimmtes Handeln einen Schaden zuzufügen oder einen anderen Schaden durch Unterlassung. Hier wählen viele intuitiv die zweite Option.

Sehr praxisrelevant für die heutige, von Veränderungen geprägte Zeit ist der sogenannte **Status-quo-Bias**. Demnach sehen viele den Status quo als den Maßstab an, der nicht weiter infrage

gestellt wird. Jede Veränderung sieht somit wie eine Abweichung vom gewohnten Zustand aus und wird tendenziell als ungerecht eingestuft. Diese grundsätzliche Verweigerungshaltung gegenüber dem Neuen ist eine wichtige Quelle für den Reformunwillen und die entsprechenden Anpassungsprobleme.

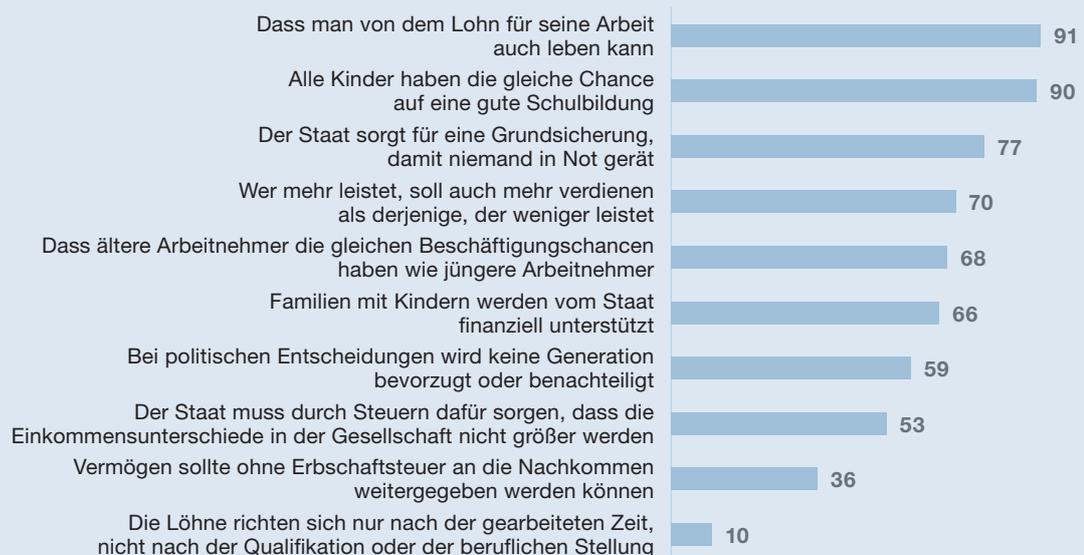
Im Alltag entscheiden wir mithilfe einer ganzen Reihe solcher Daumenregeln darüber, was wir als sozial gerecht empfinden (wollen). Davon hängt auch die Zustimmung in der Umfrage in Abbildung 2 ab. Es lässt sich erkennen, dass kein Gerechtigkeitskonzept dominiert. Die populärsten vier Aussagen bestehen vielmehr aus einem Mix an Bekenntnissen zu Bedarfs-, Chancen-, Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit.

Am meisten Wert scheint die Bevölkerung allerdings auf die Chancengerechtigkeit zu legen.

Was ist soziale Gerechtigkeit?

Abbildung 2

Angaben in Prozent



Repräsentative Umfrage in der Bevölkerung über 16 Jahre.
Quelle: IfD, 2013

Subjektiver Stellenwert verschiedener Gerechtigkeitskonzepte

Abbildung 3

Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 1 (unwichtig) bis 10 (ganz besonders wichtig)

Als „ganz besonders wichtig“ erachten so viel Prozent der Befragten dieses Gerechtigkeitskonzept

Chancengerechtigkeit	9,1	57
Familiengerechtigkeit	8,3	31
Leistungsgerechtigkeit	8,3	30
Generationengerechtigkeit	7,9	25
Verteilungsgerechtigkeit	7,5	21

Repräsentative Umfrage in der Bevölkerung über 16 Jahre.
Quelle: IfD, 2013

Statt ein bestimmtes Ergebnis zu bevorzugen – also eine Verteilung des Wohlstands etwa allein nach Leistung oder zu gleichen Teilen –, wünschen sich die meisten gleiche Startbedingungen für alle (Abbildung 3). Die Menschen in Deutschland bevorzugen also die Chancengerechtigkeit

gegenüber der Verteilungsgerechtigkeit. Diese Gewichtung scheint sich mir in der öffentlichen Diskussion merkwürdigerweise nicht widerzuspiegeln. Dort stehen Verteilungsaspekte im Vordergrund. Das anschließende Kapitel geht unter anderem der Frage nach, woran das liegen mag.

Vorurteile und Fakten

Im Folgenden möchte ich einige vorherrschende Meinungen daraufhin untersuchen, ob es sich um Fakten oder eher um Vorurteile und Mythen handelt. Ich beziehe mich dabei auf eine Reihe von Untersuchungen und Statistiken, die relevante Ausschnitte der Lebenswirklichkeit wiedergeben und valide, wichtige Hinweise auf unsere Fragestellung liefern.

„Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, die Mittelschicht schrumpft.“

Was ist eigentlich unter arm, reich und der Mittelschicht zu verstehen? Statistiker teilen die Haushalte nach deren Einkommen in insgesamt fünf Schichten ein, wovon eine als Mittelschicht im engeren und drei als Mittelschicht im weiteren Sinn bezeichnet werden. Welches Einkommen für welche Schicht steht, hängt auch von der Haushaltsgröße ab: Je kleiner der Haushalt, desto höher muss das Einkommen sein, um als reich gelten zu können. So beginnt zum Beispiel für einen Single „Reichtum“ dort, wo das zu versteuernde Einkommen die Grenze zum Spitzensteuersatz berührt. Dies sind derzeit 52.881 Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Ein Vorarbeiter oder Meister in der Metall- und Elektroindustrie verdiente im Durchschnitt knapp 60.800 Euro brutto im Jahr 2013. Der Familienstand hat – nicht ganz überraschenderweise – auch einen erheblichen Einfluss auf Armut und Reichtum. Die sogenannten DINKs („double income, no kids“) gehören überwiegend zu den einkommensstarken Haushalten, Alleinerziehende eher zu den armen.

Die Mittelschicht, die Mitte im engeren Sinn, ist über 20 Jahre stabil geblieben, wenn auch mit gewissem Auf und Ab. Ein genereller Schrumpfungstrend ist nicht festzustellen: Wir sehen in Abbildung 4 nach dem Aufholprozess nach der

deutschen Wiedervereinigung eine negative Entwicklung in den Jahren von 1997 bis etwa 2003 – eine Phase, in der Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gering und die Arbeitslosigkeit hoch war. Eine leichte Verbesserung trat in den Jahren danach ein, als die Agenda 2010, das Reformprogramm der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, zu wirken begann.

Bei den vorliegenden Darstellungen ist zu berücksichtigen, dass die Methode der Messung (relativer) Armut nur beschränkt aussagefähig ist. Sie führt zu dem Phänomen, dass in Deutschland die Armut stiege, wenn beispielsweise ein Milliardär wie Bill Gates einwandern würde. Durch dessen Vermögen erhöhte sich nämlich die Zahl der Haushalte, die den nunmehr höheren Wert



des Einkommensmittelwerts nicht erreichen würden. Dieser sogenannte Einkommensmedian liegt, auch das sei zur Interpretation der Zahlen gesagt, in Deutschland so hoch wie in kaum einem anderen Land. Wer hierzulande deutlich weniger als den Durchschnitt verdient, mag nach hiesigen Maßstäben als arm gelten – auch wenn er mit demselben Einkommen in anderen Ländern als wohlhabend eingestuft würde.

Für die Frage, ob sich in den letzten Jahren die Ungleichheit in Deutschland erhöht hat, gibt auch der sogenannte Gini-Koeffizient Hinweise (Abbildung 5). Er zeigt an, ob das Volkseinkommen breit gestreut ist (Wert 0 = alle haben das Gleiche) oder ob es sich in den Händen weniger konzentriert (Wert 1 = einer hat alles). Die Bewegungen des Gini-Koeffizienten in den vergangenen

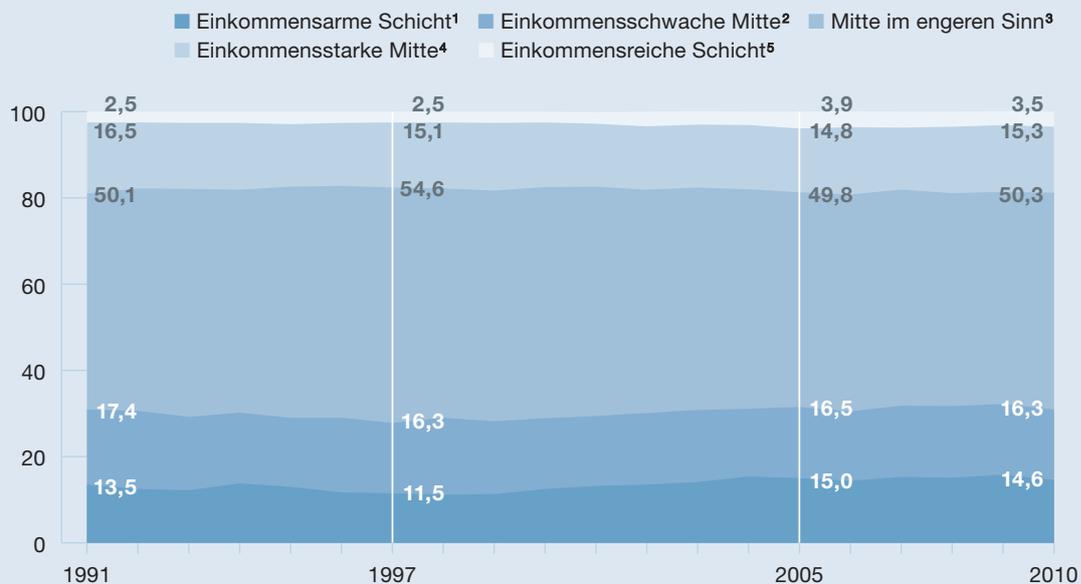
20 Jahren fallen ausgesprochen schwach aus. Veränderungen sind gleichsam nur mit der Lupe zu finden, die Schwankung liegt bei 0,043 Punkten. Unter dem Vergrößerungsglas bestätigt sich, dass die Ungleichheit gerade in den Jahren gestiegen ist, in denen auch die Arbeitslosigkeit Spitzenwerte erreichte, während seit Wirksamwerden der Agenda 2010 sich die Lage wieder verbessert hat. Seit der Mitte des vergangenen Jahrzehnts hat die Ungleichheit in Deutschland nicht weiter zugenommen – auch nicht nach der Einführung von „Hartz IV“ im Jahr 2005.

Absolut gesehen, liegt der Gini-Koeffizient wesentlich näher an einer breiten Verteilung des Wohlstands als an einer bedenklichen Vermögenshäufung bei wenigen Superreichen. Auch im internationalen Vergleich fällt das deutsche

Stabile Mittelschicht

Abbildung 4

Anteile der jeweiligen Einkommensgruppe an der Gesamtbevölkerung, in Prozent



Einkommensgruppen: auf Basis bedarfsgewichteter Nettoeinkommen pro Kopf des jeweiligen Jahres.
 Medianeinkommen: Der Einkommenswert, der die Bevölkerung in eine Hälfte mit höheren und eine Hälfte mit niedrigeren Einkommen teilt.

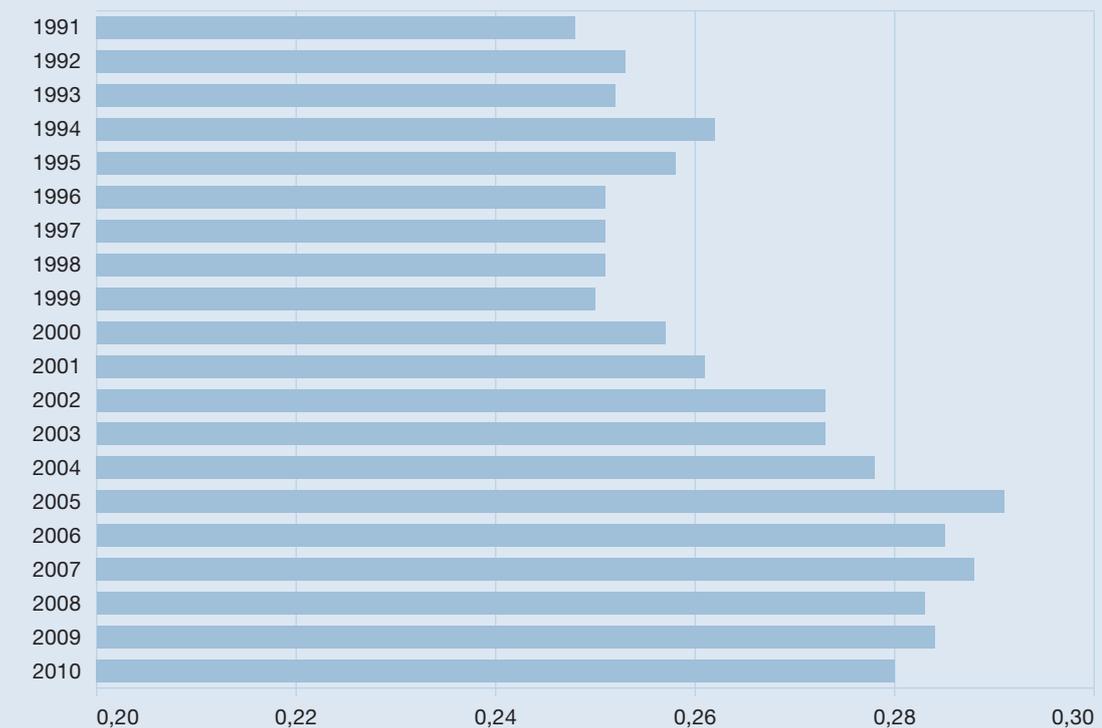
- ¹ Weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens.
- ² 60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens.
- ³ 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens.
- ⁴ 150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens.
- ⁵ Mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens.

Quellen: SOEP; IW Köln

Einkommensungleichheit: Anstieg gestoppt

Abbildung 5

Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen in Deutschland:
 0 bedeutet, dass alle Personen gleich viel verdienen,
 und 1, dass das gesamte Einkommen auf eine Person konzentriert ist.



Quelle: DIW

Verteilungsprofil durch seine eher breite Streuung des Wohlstands auf – anders als etwa in den USA oder in China.

Ein lebensnahes Bild über die Verteilung des Wohlstands erhalten wir, wenn wir nicht nur die am Markt erzielten Einkommen der Bürger betrachten, sondern auch die Transfers einbeziehen, welche die Haushalte vom Staat erhalten. Schließlich achtet unser Steuer- und Sozialsystem auf soziale Kriterien und sorgt damit für eine gewisse Umverteilung. Für die Frage, ob Güter und Lasten bei uns gerecht verteilt sind, ist also inter-

essant, welche gesellschaftliche Gruppe welches Stück vom Kuchen bekommt beziehungsweise bezahlt.

In Abbildung 6 erkennen wir, dass die Umverteilung von oben nach unten funktioniert. Die einkommensreiche Schicht macht etwa 3 Prozent der Bevölkerung aus. Sie vereinigt zwar gut 11 Prozent aller Nettoeinkommen auf sich, trägt aber auch 27 Prozent des Einkommensteueraufkommens. Zudem zahlen diese vermögenden Haushalte überproportional viele Sozialabgaben und empfangen nur unterdurchschnittlich viele

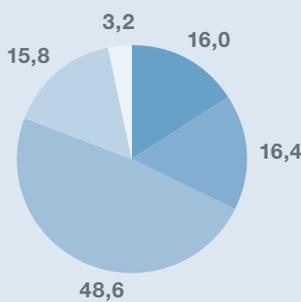
Wer hat welches Stück vom Kuchen?

Abbildung 6

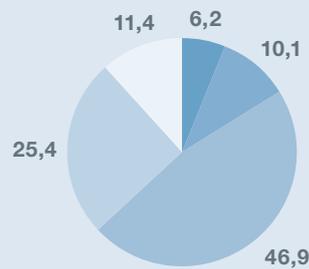
Anteile am jeweiligen Gesamtaufkommen im Jahr 2009, in Prozent

- Einkommensarme Schicht
- Einkommensschwache Mitte
- Mitte im engeren Sinn
- Einkommensstarke Mitte
- Einkommensreiche Schicht

Bevölkerung

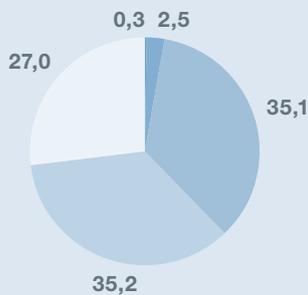


Nettoeinkommen bedarfsgewichtet



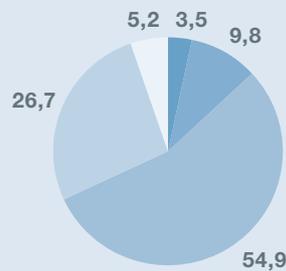
Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag

einschließlich Solidaritätszuschlag



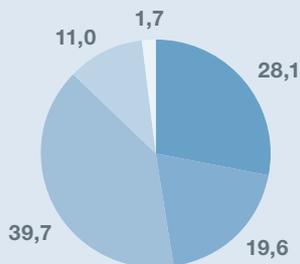
Sozialabgaben

Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung; Beamte und Selbstständige: private Krankenversicherung



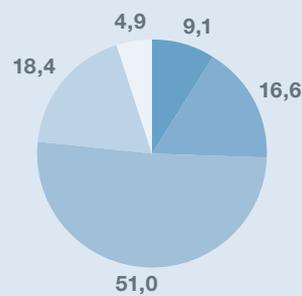
Transfers

zum Beispiel Grundsicherung, Wohngeld, Kindergeld



Renten

gesetzliche Renten, Zahlungen der berufständischen Versorgungswerke und Pensionen



Zur Definition der Einkommensschichten vgl. Abbildung 4.
Quellen: SOEP; IW Köln

Transfers. Ganz anders sieht es bei den einkommensarmen Haushalten aus, die nur wenig verdienen, noch weniger einzahlen, dafür aber umso mehr mit der Unterstützung durch Transfers rechnen können.

„Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben.“

Mit dieser Aussage wird bekanntlich oft die Forderung nach einem Mindestlohn verknüpft. Tatsächlich gibt es rund 1,3 Millionen sogenannte Aufstocker, also Erwerbstätige, die neben ihrem Arbeitseinkommen noch Sozialtransfers benötigen. Das bedeutet aber nicht, dass jeder von diesen Menschen einen Vollzeitjob hat, von dem er als Einzelner nicht leben kann. Bei den meisten Aufstockern handelt es sich nämlich um Teilzeitbeschäftigte oder um solche, die nicht nur sich selbst, sondern eine ganze Familie ernähren müssen. Von allen Aufstockern sind noch nicht einmal 4 Prozent vollzeitbeschäftigte Singles. Oder anders ausgedrückt: Lediglich 2 Promille aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind aufstockende vollzeitbeschäftigte Singles und gehören damit zu jenen, die von der oben genann-

ten Aussage betroffen sind. Man kann also nicht pauschal behaupten, dass 1,3 Millionen Personen nicht von ihrer Arbeit leben können. Diese Zahlen sind vielen nicht bewusst. Eine breitere Kenntnis würde die Debatte aber vermutlich verändern: Die Forderung, dass man seinen Lebensunterhalt allein durch einen Teilzeitjob finanzieren können sollte, würde wohl niemand aufstellen.

Häufig wird in diesem Zusammenhang der Ausdruck „Prekariat“ benutzt, um quasi eine gesellschaftliche Klasse zu bezeichnen. Ursprünglich bedeutete prekär „durch Bitten erlangt, misslich, schwierig“. Ob man diesen Begriff wirklich auf die damit gemeinten atypischen Arbeitsplätze anwenden kann, möchte ich bezweifeln. Als ein Beispiel für solche Arbeitsplätze werden immer wieder befristete Beschäftigungen angeführt, die angeblich einen hohen und wachsenden Anteil an der Gesamtbeschäftigung ausmachen. Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Der Anteil befristeter Beschäftigter und befristeter Neueinstellungen ist seit 2005 etwa konstant geblieben, die Zahl der Übernahmen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ist jedoch spürbar gestiegen (Tabelle 1).

Befristete Beschäftigung in Deutschland

Tabelle 1

Jahr	Befristet Beschäftigte, in Prozent aller Arbeitnehmer	Befristungen, in Prozent aller Neueinstellungen	So viel Prozent der befristeten Beschäftigten wurden in unbefristete Anstellungen übernommen
2005	10,1	k. A.	k. A.
2006	10,8	43	45
2007	10,3	45	49
2008	10,6	44	52
2009	10,5	47	45
2010	10,7	46	52
2011	10,6	45	56

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB; IW Köln

In dem Wunsch nach der Befristung von Arbeitsverhältnissen spiegelt sich zum einen die Volatilität des Unternehmensumfelds, etwa die Unsicherheit der Unternehmen auf den Weltmärkten, und zum anderen die Strenge des deutschen Kündigungsschutzes wider. Letzterer lässt sich durch Befristung zwar umgehen. Das ist aber nicht mit einer Vorliebe der Unternehmer für eine Hire-and-fire-Personalpolitik gleichzusetzen. Befristung verschafft Unternehmen mit einer kündigungsgeschützten Stammbesatzung die personalpolitische Flexibilität, die sie in konjunkturell unsicheren Zeiten benötigen. Dass die Übernahmen in unbefristete Stellen in den letzten Jahren gestiegen sind, zeigt demnach eine gewisse Zuversicht der Arbeitgeber an.

Zudem ist anzumerken, dass befristete Jobs im Lauf des Berufslebens ein vorübergehendes Phänomen sind. Die Sicherheit des Einkommens nimmt also mit dem Lebensalter zu. Von Befristungen sind in erster Linie junge Leute, das heißt Berufseinsteiger, betroffen. Sie machen den Löwenanteil der Befristungen aus. Unter den 15- bis 20-jährigen Beschäftigten haben rund 40 Prozent nur eine befristete Stelle. Dazu muss man wissen, dass die Grundgesamtheit der Beschäftigten unter 20 Jahren vergleichsweise klein ist, da viele Gleichaltrige noch zur Schule gehen oder an Hochschulen studieren. Für junge Leute, die sich nicht für eine Lehrstelle qualifizieren konnten, ist der befristete Job der Einstieg in den Arbeitsmarkt und eine Chance auf eine Lehrstelle und Weiterbeschäftigung. Mit zunehmendem Lebensalter normalisieren sich die Arbeitsverhältnisse: Unter den 40- bis 50-Jährigen sind lediglich 6 Prozent der Beschäftigten von einer Befristung betroffen, während von den Beschäftigten ab 55 Jahren bis zum Rentenalter nur noch 4 Prozent auf einer befristeten Stelle arbeiten. Das heißt, 96 Prozent sind vor ihrer Rente in Festanstellung.

Alles in allem sind die Deutschen, was ihre Arbeitsbedingungen betrifft, zufriedener als ihre Kollegen im EU-Durchschnitt. Seit zehn Jahren

äußern sich Deutschlands Arbeitnehmer konstant zu nahezu 90 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden über ihren Job. Gäbe es eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem eigenen Arbeitsverhältnis, müssten die Umfragewerte anders aussehen.

Lassen Sie mich aber der Frage der gefühlten sozialen Ungerechtigkeiten beim Thema „Arbeit und Lohn“ noch an zwei Stolpersteinen nachspüren, welche die Debatte hierzulande prägen: dem schon erwähnten Mindestlohn und den Managergehältern. Es arbeiten heute rund zwei Millionen Menschen für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Einer ausbeuterischen Handhabung durch den Arbeitgeber, die ich in Einzelfällen nicht ausschließen kann, hat der Gesetzgeber schon lange einen Riegel vorgeschoben. Man kann vielmehr davon ausgehen, dass hier in der Regel eine leistungs- und produktivitätsgerechte Entlohnung vorliegt. Bei den Empfängern von „Niedriglöhnen“ handelt es sich überwiegend um geringqualifizierte Menschen oder um solche, die den ersten Schritt aus der Arbeitslosigkeit machen. Niemand bestreitet, dass bei erhöhtem Lohn (Mindestlohn) nicht alle diese Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz behalten können. Stattdessen müssen wir davon ausgehen, dass einige Hunderttausend ihren Job verlieren werden. Die Frage ist jetzt, wem man gerecht werden will: denen, die ihre Stelle behalten und ein höheres Einkommen erzielen, oder denen, die dann gar kein Erwerbseinkommen mehr erhalten werden.

Auch der Blick auf das obere Ende der Einkommensskala erregt die Gemüter. Die Bezüge von Dax-Vorständen erreichen in der Tat manchmal schwindelerregende Höhen, die gelegentlich über den Umsätzen eines mittelständischen Unternehmens liegen. Zu fragen wäre, ob diese Einkommenshöhen leistungsgerecht sind und wer dies zu beurteilen hat. Häufig stehen die Boni, also variable Leistungsprämien, in der Kritik. Sie dienen ursprünglich dazu, die Verhaltensanreize eines (angestellten) Managers mit denen eines Unternehmenseigentümers möglichst deckungsgleich



Apeloga/Gettyimages

zu machen. Ein richtig gestaltetes Prämien- oder Bonussystem, das den Manager allerdings nicht nur am Erfolg, sondern auch am Misserfolg beteiligt, wird hier hilfreich sein. Niemand kann die Performance der Vorstände besser beurteilen als die unter anderem dafür eingesetzten Aufsichtsräte, in denen Vertreter sowohl der Kapitalgeber als auch der Arbeitnehmer sitzen. Ein Beispiel am Rande: Das Jahr 2012 war für den VW-Konzern ein außerordentlich erfolgreiches. Den Mitarbeitern wurden im Schnitt je rund 10.000 Euro Jahresprämie ausgezahlt. Verwundert es, dass aus der VW-Belegschaft keine Klagen über die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden in Höhe von rund 17 Millionen Euro zu hören waren?

Schwieriger sieht es aus bei Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen, obwohl sie mit Gewinn arbeiten. Hier spielt die Frage nach der angemessenen Gewinnhöhe (strategische Situation des Unternehmens, Gewinne in der Branche und bei Konkurrenzunternehmen) ebenso eine Rolle wie die Tatsache, dass Gewinne ein Ergebnis vergangener Leistung sind, Personalmaßnahmen hingegen die Situation in der Zukunft zu berücksichtigen haben. Mancher wird es als Provokation empfinden, wenn ich auf die gesellschaftliche Aufgabe eines Unternehmens hinweise, die nicht etwa in Arbeitsplatzmaximierung besteht (auch nicht in Gewinnmaximierung), sondern zunächst

in der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung durch das Angebot immer besserer Produkte und Dienstleistungen zu einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis.

„Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt.“

In der Tat finden sich weniger Frauen in Führungspositionen als Männer. Dies verändert sich aber allmählich, allein schon deswegen, weil Unternehmen mehr und mehr auf qualifizierte Frauen angewiesen sind. Waren Mitte der 1990er Jahre erst 22 Prozent aller Führungskräfte weiblich, so lag der Anteil von Frauen in Führungspositionen 2011 bei 30 Prozent. Trotz der Zunahme sind sie damit unterrepräsentiert, schließlich stellen sie 46 Prozent aller Erwerbstätigen.

Dass nicht schon mehr Frauen Führungsverantwortung tragen, hängt unter anderem damit zusammen, dass eine Führungskraft in der Regel Vollzeit arbeitet beziehungsweise arbeiten muss. Teilzeitarbeitende Führungskräfte kommen in rund 80 Prozent aller Unternehmen nicht vor. Das heißt: In acht von zehn Unternehmen arbeiten Führungskräfte ausschließlich Vollzeit. Darum haben es all jene schwer, beruflich aufzusteigen, die ihre Arbeitszeit einschränken. Gerade bei Frauen spielt aber die Teilzeittätigkeit mit 46 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse eine überragende Rolle. Die Gründe, aus denen Frauen dies tun, gehen aus Tabelle 2 hervor.

Beachtlich ist dabei, dass nur 14 Prozent der Teilzeit arbeitenden Frauen ihr Arbeitsangebot einschränken, weil für sie keine Vollzeittätigkeit zu finden war. Über 50 Prozent können hingegen wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen nicht anders als nur stundenweise arbeiten. Dies weist auf einen wesentlichen Hebel hin, an dem die Gesellschaft ansetzen kann: die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darauf komme ich unten noch zu sprechen.

Gründe für Teilzeitbeschäftigung von Frauen

Tabelle 2

Weibliche abhängig Beschäftigte im Jahr 2011

	In 1.000	In Prozent
Weil Vollzeitätigkeit nicht zu finden war	1.089	14,1
Wegen Schulausbildung oder sonstiger Aus- und Fortbildung	501	6,5
Aufgrund von Krankheit, Unfallfolgen	187	2,4
Wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen	3.883	50,3
Weil Vollzeitätigkeit aus anderen Gründen nicht erwünscht ist	1.723	22,3
Ohne Angabe des Grundes	344	4,5
Frauen in Teilzeitbeschäftigung insgesamt	7.727	100,0

Rundungsdifferenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IW Köln

Lohnlücke zwischen Frauen und Männern

Tabelle 3

in Deutschland im Jahr 2008, in Prozent

Lohnlücke für ...	
Frauen allgemein (unbereinigt)	29,3
Frauen allgemein (bereinigt)	12,9
Frauen ohne Kinder (bereinigt)	11,8
Frauen mit Kindern (bereinigt)	13,8
Frauen mit Kindern und einer beruflichen Auszeit bis zu 1,5 Jahren	4,0 ¹

Die Berechnungen der Lohnlücken basieren auf Bruttostundenlöhnen.

¹ Statistisch nicht signifikant.

Quellen: SOEP; IW Köln

„Frauen verdienen schlechter als Männer.“

In Deutschland verdient eine durchschnittliche Arbeitnehmerin knapp 30 Prozent weniger als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer (Tabelle 3). In Bayern ist diese Lücke – Gender Pay Gap genannt – sogar noch etwas größer.

Ein ganz anderes Ergebnis finden wir, wenn wir diese Lücke bereinigen, indem wir Gleiches mit Gleichem vergleichen – also indem wir nur Frauen und Männer mit den gleichen beruflichen Merkmalen in den Blick nehmen.

Lohnunterschiede hängen nämlich nicht einfach vom Geschlecht ab, sondern von bestimmten Merkmalen, die zwar häufig mit dem Geschlecht verbunden sind, aber durchaus verändert – das heißt verbessert – werden können. Dass viele Frauen ihren Beruf im eher niedrig bezahlten Dienstleistungssektor statt im eher hoch bezahlten Industriesektor ergreifen, ist so ein Merkmal, das für einen gewissen Lohnabstand gegenüber dem Lohndurchschnitt der erwerbstätigen Männer sorgt. Neben der Berufswahl unterscheiden sich Frauen und Männer auch durch – oft miteinander verbundene – sogenannte Ausstattungseffekte wie den Bildungsstand, die Dauer der

Betriebszugehörigkeit, die Unternehmensgröße, die Autonomie im Beruf, die Berufserfahrung und den Anteil der Teilzeitarbeit.

Wenn man dies alles berücksichtigt und bereinigt, bleibt noch eine Lücke von etwa 13 Prozent (Tabelle 3). Zwischen Frauen und Männern mit exakt den gleichen Berufs-, Bildungs- und Tätigkeitsmerkmalen klafft also dieser Lohnabstand. Doch auch dieser ist zu einem großen Teil erklärbar. Eine erhebliche Ursache für diese Lücke ist die Länge der beruflichen Auszeit, die Mütter genommen haben. Wenn diese Zeit eineinhalb Jahre nicht überschreitet, bleibt zwischen Frauen und Männern noch eine nicht signifikante, sehr kleine Lücke von 4 Prozent. Mit anderen Worten: Frauen, die kindbedingt lange aus dem Berufsleben ausscheiden, verdienen schlechter. Solche, die rasch wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren können, nehmen praktisch kaum Einbußen hin. Der verbliebene Lohnnachteil von erwerbstätigen Müttern lässt sich nicht pauschal mit

höheren Lohnforderungen aus der Welt schaffen. Als mögliche Stellschraube müssen wir vielmehr auch hier eine bessere – schnellere – Vereinbarkeit von Familie und Beruf einfordern. In den letzten Jahren zeigt sich bereits eine Tendenz hin zu einer rascheren Rückkehr von Müttern an den Arbeitsplatz – ein Trend, der nicht zuletzt durch die Ausgestaltung des Elterngelds angeregt wurde.

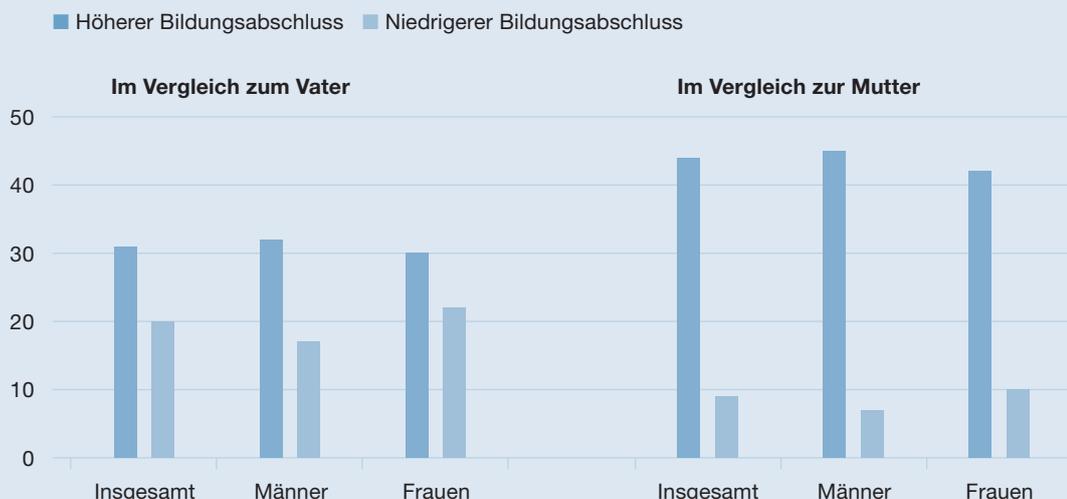
„Das Elternhaus bestimmt die Chancen der Kinder.“

Die Herkunft hat nach wie vor einen sehr großen Einfluss auf den Bildungsverlauf der jungen Menschen. Allerdings ist es nicht so, dass nur Reiche sich ein Studium leisten können. Immerhin ist heute jeder fünfte junge Mensch, dessen Eltern keine Hochschule besucht haben, selbst Akademiker. Die Zahl dieser Akademiker, die aus Nichtakademikerfamilien hervorgehen, hat in den vergangenen Jahren zudem stetig zugenommen.

Bildung: mehr Aufsteiger als Absteiger

Abbildung 7

So viel Prozent der 35- bis 44-Jährigen in Deutschland haben im Vergleich zu ihren Eltern einen höheren beziehungsweise niedrigeren Bildungsabschluss



Quellen: Nationales Bildungspanel, 2009/2010; IW Köln

Bemerkenswerter Ausdruck einer zunehmenden Durchlässigkeit des Bildungssystems ist die Tatsache, dass immer mehr Schüler Wege zum Studium außerhalb der klassischen Gymnasialkarriere finden, vor allem über berufliche Schulen. Die Zahl der Studierenden, die es ohne Hochschulreife an eine Hochschule geschafft haben, wächst kontinuierlich. Um sich dafür zu qualifizieren, genügt heute teilweise bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Auch außerhalb des Hochschulbereichs ist die Durchlässigkeit in bildungsbezogener Hinsicht beachtlich. Das gilt zwar nicht nur in aufsteigender, sondern auch in absteigender Richtung. Aber per saldo stimmt die Richtung: Mehr Töchter und Söhne erreichen im Vergleich zu ihren Eltern einen höheren Abschluss, als hinter diesen zurückzufallen (Abbildung 7).

„Viele Menschen stecken in der Armutsfalle. Tellerwäscher werden bei uns nicht Millionär.“

Vom Tellerwäscher zum Millionär: Diese Perspektive steht symbolisch für den amerikanischen Traum, für das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Der Unterschied zu Deutschland liegt aber nicht in den tatsächlichen Aufstiegsmöglichkeiten, sondern eher im Glauben daran beziehungsweise im Glauben an den Lohn eigener Anstrengungen (Neumann et al., 2010). Nur gut 50 Prozent der Deutschen denken, dass beruflicher Erfolg auf harter Arbeit beruht (Tabelle 4). Die anderen sehen die Erfolgsursachen eher in Glück und Beziehungen („Vitamin B“). In den USA ist das Vertrauen auf die eigene Arbeit mit fast 63 Prozent deutlich höher, liegt aber beachtlicherweise noch unter dem Wert von Finnland (74 Prozent).

Mögliche Quellen des Erfolgs im internationalen Vergleich

Tabelle 4

Land	Anzahl der Befragten	Befragungsjahr	Erfolg resultiert aus ...			Mittelwert auf einer Skala von 1–10
			... harter Arbeit ¹	... Glück, Beziehungen und Arbeit ¹	... Glück und Beziehungen ¹	
Finnland	1.011	2005	74,0	14,2	11,9	3,1
USA	1.210	2006	62,6	23,8	13,7	3,7
Kanada	2.142	2006	61,5	19,9	18,8	4,0
Spanien	1.175	2007	56,8	28,1	15,2	4,2
Vereinigtes Königreich	1.034	2006	52,4	21,7	25,9	4,5
Schweden	991	2006	52,3	26,4	21,3	4,5
Deutschland	2.007	2006	50,2	23,5	26,2	4,8
Niederlande	1.024	2006	44,6	27,5	28,0	4,9
Japan	1.055	2005	39,4	34,4	26,1	5,0
Schweiz	1.231	2007	42,1	22,2	35,7	5,3
Frankreich	998	2006	36,9	27,8	35,1	5,3
Italien	976	2005	36,0	30,1	33,8	5,3
Polen	950	2005	32,2	23,9	43,9	5,7

¹Antworten in Prozent.

Quelle: World Values Survey

Einkommensmobilität in Deutschland

Tabelle 5

Zugehörige zu fünf Einkommensgruppen (Q1: sehr niedriges Einkommen bis Q5: sehr hohes Einkommen) in den Jahren 1995 und 2007, in Prozent

		Zugehörigkeit 2007				
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q5
Zugehörigkeit 1995	Q1	45	28	15	8	5
	Q2	20	29	29	13	9
	Q3	11	23	29	23	14
	Q4	8	18	21	28	25
	Q5	5	9	13	22	51

Lesebeispiel: 45 Prozent der Personen, die 1995 zum untersten Einkommensquintil (Q1) gehörten, befanden sich 2007 noch immer dort. Weitere 28 Prozent stiegen ins zweite Quintil (Q2) auf, 5 Prozent schafften sogar den Weg ins oberste Quintil (Q5).

Quellen: SOEP; IW Köln

Wie sieht nun die Mobilität zwischen den Einkommensgruppen aus? Mit welcher Wahrscheinlichkeit kommt man bei uns von ganz unten in die Mitte oder gar in die Gruppe der Topverdiener? In Deutschland herrscht durchaus einige Bewegung zwischen den sozialen Schichten. Immerhin verlässt rund ein Drittel derer, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt im untersten Einkommensbereich befinden, diesen nach zwei Jahren in Richtung Aufstieg. Das ist praktisch derselbe Wert wie in den USA – und übrigens deutlich besser als im eben zitierten Finnland. Dort gelingt dieser Aufstieg binnen zwei Jahren nicht einmal jedem Fünften.

Über einen längeren, nämlich zwölf Jahre umfassenden Zeitraum gesehen, liegt die Mobilität sogar noch deutlich höher, und zwar in beide Richtungen (Tabelle 5). 56 Prozent der Angehörigen der untersten Einkommensklasse konnten diese zwischen 1995 und 2007 verlassen, 13 Prozent landeten sogar in den obersten zwei Einkommensgruppen. Auch die Chancen, aus den mittleren Gruppen nach oben zu kommen, sind als gut zu bezeichnen. Allerdings hat man auch eine fast 50-prozentige Wahrscheinlichkeit, aus der obersten Einkommensklasse abzustiegen, mit 14-prozentiger Aussicht sogar in die untersten zwei Klassen.

„Wir leben auf Kosten unserer Kinder.“

Diesem Urteil muss man weitgehend zustimmen. Besonders der hohe, wenn auch im internationalen Vergleich mäßige Stand der öffentlichen Schulden lässt einen zu diesem Urteil kommen. Er schränkt den Handlungsspielraum der jungen Generation erheblich ein, nachdem die früheren Generationen zu ihrem Nutzen großzügig den Wechsel auf die Zukunft ausgestellt haben. Dass die sogenannte explizite, das heißt ausgewiesene Staatsverschuldung in Deutschland derzeit gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei rund 80 Prozent liegt, ist weitgehend bekannt. Relevant ist aber die viel höhere implizite Staatsverschuldung, zu der auch die bereits eingegangenen, aber noch nicht zahlungswirksamen Verpflichtungen wie etwa künftige Pensionen gezählt werden. Die implizite Verschuldung liegt in Deutschland bei erschreckenden 200 Prozent. Doch auch darin steckt noch nicht die ganze Wahrheit. Man müsste noch andere in die Zukunft verschobene Aufwendungen hinzurechnen, etwa in der jüngeren Vergangenheit unterlassene Investitionen in die Infrastruktur wie Straßen, Brücken und Ähnliches. Irgendwann wird das jemand bezahlen müssen.

„Es herrscht eine große globale Ungerechtigkeit. Der reiche Norden beutet den armen Süden aus.“

Diese immer wieder zu hörende Globalisierungskritik geht weitgehend ins Leere. Natürlich gibt es bedauerlicherweise eine große Zahl sehr armer Länder. Dabei handelt es sich häufig um Staaten mit besonders korrupten Systemen oder um solche, in denen schreckliche Bürgerkriege wüten. In denjenigen Staaten aber, die sich mit einigermaßen demokratischen Systemen und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen am Welthandel, also an der Globalisierung beteiligen, ist der Wohlstand in der letzten Generation dramatisch gestiegen. So hat sich zwischen 1990 und 2006 das Pro-Kopf-Einkommen bei

den „Globalisierern“ um fast 50 Prozent erhöht (übrigens mehr als in Deutschland), während diejenigen, die sich weniger oder nicht am Weltmarkt beteiligen konnten, nicht einmal die Hälfte dieses Wachstums verzeichnet haben (Abbildung 8). Diese Feststellung entbindet natürlich die reichen Länder nicht von der moralischen Verpflichtung, die unter anderem auch wirtschaftlich sinnvoll ist, ihre Grenzen zu öffnen, Zölle und sogenannte nicht tarifäre Hindernisse (wie etwa Quoten oder Zulassungsvorschriften) zu beseitigen. Glücklicherweise gab es jüngst bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) wichtige Fortschritte, ganz im Sinne einer Win-win-Situation. Völlig offen bleibt hingegen momentan, wie wir die Lasten für den Klimaschutz global gerecht verteilen sollen.

Entwicklungsländer: Globalisierung bringt mehr Wachstum

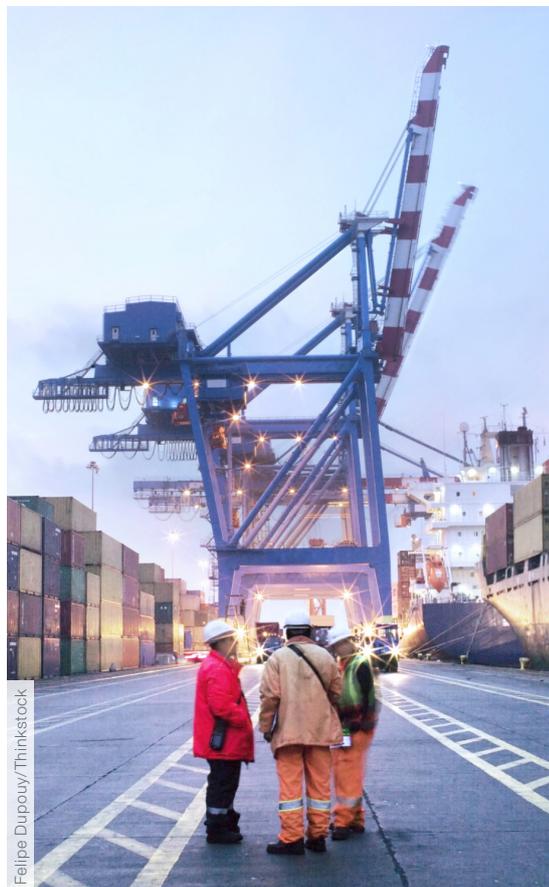
Abbildung 8

Zunahme des Lebensstandards (reales BIP pro Kopf) von 1990 bis 2006, in Prozent¹



¹ Nicht bevölkerungsgewichtet; bei Bevölkerungsgewichtung ist der Lebensstandard bei den Globalisierern, zu denen auch China gehört, um 186 Prozent gewachsen, bei den Nicht-Globalisierern um 69 Prozent.

Quellen: IWF; Weltbank; RHI



Felipe Dupouy/Thinkstock

„In anderen Ländern geht es viel gerechter als in Deutschland zu“

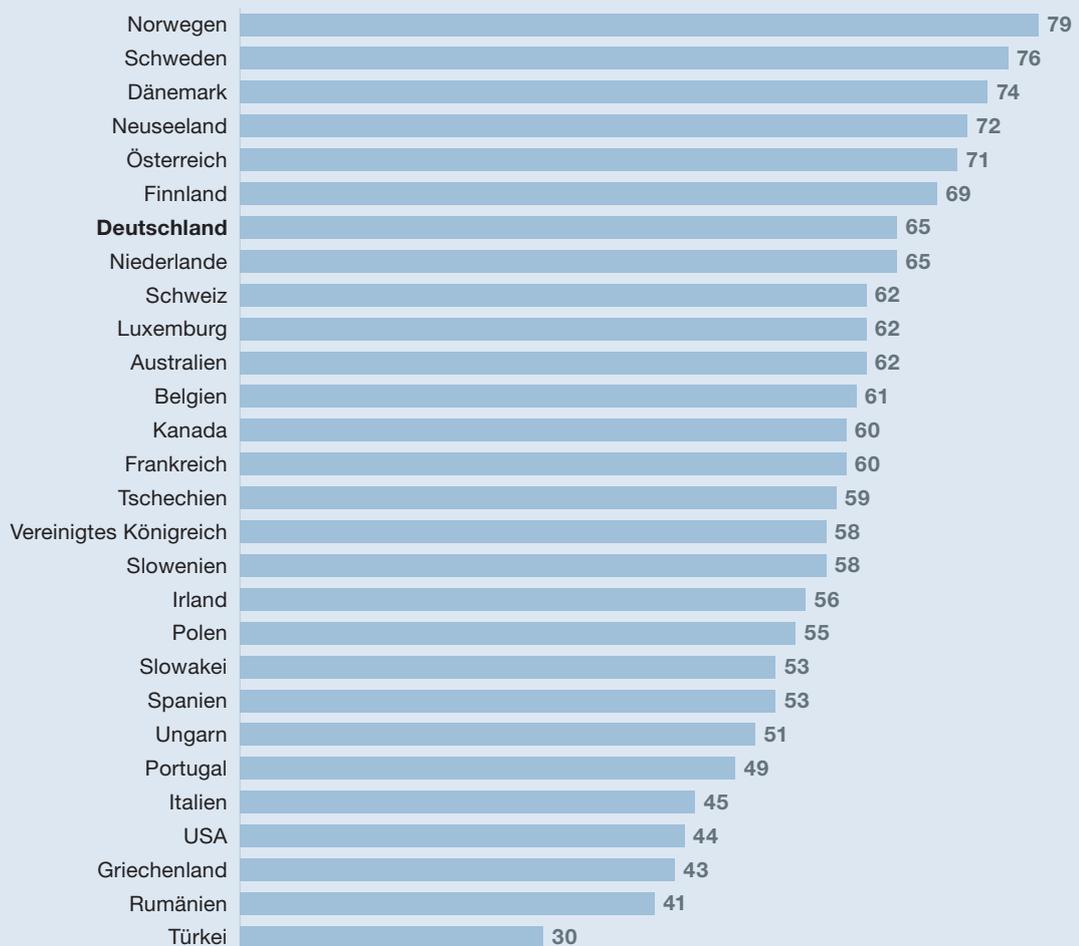
Zu dieser Frage liegen Untersuchungen vor, die zwar zu uneinheitlichen Ergebnissen gelangen. Der gemeinsame Nenner ist aber, dass Deutschland nicht wirklich in der Spitzengruppe liegt.

Die Bertelsmann-Stiftung etwa platziert uns auf Platz 14 von 31 OECD-Staaten, also im Mittelfeld, und zwar hinter den skandinavischen Ländern als den Spitzenreitern, aber immerhin leicht über dem OECD-Durchschnitt (Emptner/Vehrkamp, 2007). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat einen ähnlichen Vergleich unter 28 Ländern

Internationaler Gerechtigkeitsindex

Abbildung 9

Indexwerte für das Jahr 2012; je höher der Wert, desto größer das Ausmaß an Gerechtigkeit



Der Gerechtigkeitsindex macht das Gerechtigkeitsniveau in 28 Industrieländern vergleichbar. Dazu wurden insgesamt 32 Einzelindikatoren herangezogen und so standardisiert, dass jeweils das Land mit dem besten Originalwert 100 Punkte, das Land mit dem schlechtesten Wert 0 Punkte erhielt. Dann wurden die Indikatoren zu sechs Gerechtigkeitsdimensionen zusammengefasst (vgl. Tabelle 6) und aus deren Mittelwerten der Gesamtindex gebildet. Die Werte der Einzelindikatoren wurden zum Teil geschätzt.

Quelle: IW Köln

Internationales Gerechtigkeitsranking

Tabelle 6

Rang Deutschlands im Jahr 2012 unter 28 ausgewählten Ländern nach Gerechtigkeitskonzept

Bedarfsgerechtigkeit	Platz 6
Generationengerechtigkeit	Platz 9
Regelgerechtigkeit	Platz 12
Leistungsgerechtigkeit	Platz 13
Chancengerechtigkeit	Platz 14
Einkommensgerechtigkeit	Platz 14
Gerechtigkeit insgesamt	Platz 7

Quelle: IW Köln

angestellt und dabei nach verschiedenen Arten der Gerechtigkeit differenziert (Tabelle 6). Eher vorn liegt Deutschland demnach bei der Erfüllung der Bedarfsgerechtigkeit, also bei der ausreichenden Befriedigung der Grundbedürfnisse (Enste et al., 2013).

Wie aus Abbildung 9 hervorgeht, welche die Werte der sechs genannten Gerechtigkeitsarten zu einem Index zusammenfasst, liegt Deutschland im oberen Drittel der Vergleichsländer. Auch

hier stehen die skandinavischen Länder an der Spitze; zudem rangiert Österreich vor Deutschland. Gegenüber der Schweiz oder Belgien und Frankreich weist Deutschland einen gewissen Vorsprung beim Gerechtigkeitsindex auf. Der größere Vorsprung vor den südeuropäischen Ländern überrascht hingegen nicht.

Alles in allem lässt sich damit nicht behaupten, dass Deutschland im internationalen Vergleich als sozial ungerechtes Land hervorstechen würde.

Ausblick: Was tun?

Bildlich gesprochen, haben wir bisher viele Bäume betrachtet. Nun wird es Zeit, den gesamten Wald in den Blick zu fassen, sozusagen die Vogelperspektive einzunehmen. Man könnte mit dem Stand der Gerechtigkeit in Deutschland gemäß den bisherigen Beurteilungen einigermaßen zufrieden sein. Davon rate ich aber dringend ab, auch wenn wir kein ausgesprochen schlechtes Gewissen haben müssen. Es gibt nämlich bei uns tatsächlich Gerechtigkeitslücken oder, positiv gewendet: deutliches Verbesserungspotenzial in Sachen Gerechtigkeit.

Ich denke dabei an zwei Lücken, die sich implizit durch unsere bisherigen Erörterungen durchgezogen haben, also mehr oder weniger zwischen den Zeilen standen. Diese Lücken spiegeln sich auch immer wieder in den sogenannten Armutsberichten über Deutschland wider. In Deutschland werden rund 14 Prozent der Bevölkerung

als armutsgefährdet eingestuft. Sie verfügen über weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens – also jener Einkommenshöhe, welche die Bevölkerung hälftig teilt: Die eine Hälfte verdient weniger, die andere mehr als dieses Einkommen.

In der von Armut bedrohten Bevölkerungsschicht stechen zwei Gruppen besonders hervor: die Arbeitslosen und die Alleinerziehenden, meistens Mütter. Von den Arbeitslosen gelten laut Mikrozensus fast 60 Prozent als armutsgefährdet, von den Alleinerziehenden sind es knapp 42 Prozent. Unter den Rentnern und Pensionären gehören nur gut 14 Prozent zu den von Armut Bedrohten und unter den Erwerbstätigen weniger als 8 Prozent.

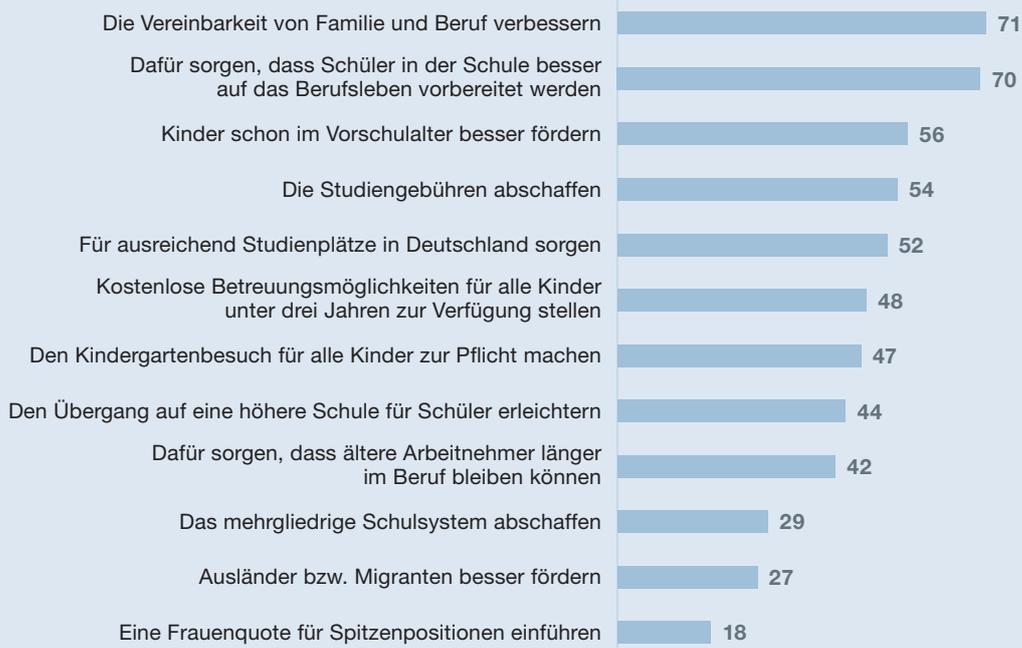
Es bedarf, glaube ich, keiner besonderen Beweise, dass es sich bei der Mehrheit der Arbeitslosen um Geringqualifizierte handelt, wir also das Thema Bildung noch einmal vor uns haben. Die Präsenz der alleinerziehenden Mütter in der Armutsstatistik wirft wieder das Thema der



Was sollte der Staat tun, um Chancengerechtigkeit zu fördern?

Abbildung 10

Angaben in Prozent



Repräsentative Umfrage in der Bevölkerung über 16 Jahre.
Quelle: IfD, 2013

besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf. Die deutsche Bevölkerung sieht das ganz ähnlich (Abbildung 10). Es gibt entsprechende Hinweise auf Handlungsbedarf.

Die alleinerziehenden Mütter leiden besonders darunter, dass Mutterschaft und Beruf schwer zu vereinbaren sind. Die deutschen Unternehmen begreifen zunehmend, dass sie ihre Arbeitsorganisation auf die zeitlichen Bedürfnisse von Müttern einstellen, also flexibler werden müssen – im eigenen Interesse, weil qualifizierte Arbeitskräfte knapp werden. Der Staat hingegen versucht, sich aus seiner Verantwortung zu stehlen. Zwar will man die Unternehmen mit Frauenquoten überziehen, ist selbst aber nicht bereit, den berufstätigen

Müttern Gelegenheit zu geben, ihre Kinder angemessen betreuen zu lassen. Deswegen haben vor allem alleinerziehende Mütter Teilzeitstellen, die, wie wir gesehen haben, per se schlechter bezahlt werden. Dringend benötigt werden günstige, am besten kostenlose Ganztagskindertagesstätten und Ganztagschulen mit sogenanntem rhythmisierten Unterricht.

Damit sind wir wieder beim Thema Bildung. Zugegebenermaßen hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland auf diesem Gebiet manches zum Besseren gewandt. Dennoch kann man es als nahezu skandalös bezeichnen, wenn nach wie vor rund 5 Prozent unserer Jugendlichen gar keinen Schulabschluss vorweisen können

und 20 Prozent als nicht berufsbildungsfähig gelten müssen. Auch die Aufstiegschancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten sind alles andere als angemessen und müssen als ungerrecht bezeichnet werden: Von Jugendlichen aus Elternhäusern mit maximal Hauptschulabschluss gelangen gerade einmal 13 Prozent zum Studium, von denen aus Akademikerfamilien 77 Prozent. Die erste Gruppe hat also sechsmal schlechtere Chancen auf einen gut bezahlten akademischen Beruf. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern auch in ökonomischer Hinsicht eine Vergeudung wichtiger Ressourcen, um das in der öffentlichen Debatte häufig umstrittene Wort Humankapital zu vermeiden.

Dieser unguete Zustand hat natürlich verschiedenste Ursachen. Ich erwähne nur ungenügende Investitionen in frühkindliche Bildung („Was Hänschen nicht lernt ...“). Gerade in den jungen Jahren, wo der Mensch am aufnahmefähigsten ist und wo wichtige Weichen für den weiteren Lebenslauf gestellt werden, wenden wir zu wenig für spezifische und differenzierte Betreuung der Kinder auf. Die Stichworte sind auch hier Ganztagskindergärten, wo nicht nur Verwahrung geleistet, sondern eben auch die ersten Bildungselemente vermittelt werden, sowie Ganztagschulen. Auf dem Gebiet der Ganztageeinrichtungen passiert leider gerade in Bayern aus mentalen und auch finanziellen Ursachen zu wenig.

Die finanzielle Unterausstattung des Bildungsektors ist insgesamt in Deutschland zu beklagen. Schon vor mehr als zehn Jahren hat eine von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft in Auftrag gegebene Studie mit dem schönen

Titel „Bildung neu denken“ ergeben, dass wir in Deutschland jährlich rund 27 Milliarden Euro mehr in den Bildungssektor stecken müssten, um mit vergleichbaren Industrieländern Schritt halten zu können (vbw, 2003–2005). Davon sind wir immer noch Lichtjahre entfernt, obwohl die deutsche Wirtschaft, also die deutschen Unternehmen, Jahr für Jahr über 50 Milliarden Euro für Aus- und Weiterbildung aufwendet.

Wenn man begreift, dass Bildungspolitik die Sozialpolitik von heute und morgen sein muss, dann sieht man, dass wir unser Geld an der falschen Stelle ausgeben. 56 Prozent der Staatsausgaben fließen in Sozialleistungen, ganze 5,5 Prozent in Schulbildung. Mit Blick auf die unbefriedigenden Zustände von der frühkindlichen Bildung bis hin zur häufig mangelhaften Schulausstattung ist somit festzustellen: Wir investieren in die ersten Lebensjahre eines Menschen viel zu wenig und müssen die daraus entstehenden Defizite später für teures Geld und mit wenig Wirkung reparieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir richtig verstandene soziale Gerechtigkeit nicht für den lieben Gott üben sollten, also als Gebot der selbstlosen Nächstenliebe, sondern aus handfesten irdischen Gründen. Soziale Gerechtigkeit führt eben zu gesellschaftlicher Teilhabe, zu Akzeptanz der Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung und nicht zuletzt zu sowohl materiellem als auch ideellem Wohlstand. Angesagt ist also Investieren in die Chancen unserer Gesellschaft, statt einen vermeintlich unveränderlich großen Kuchen umverteilen zu wollen. Für mich heißt das auch: so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig.

Literatur

Empter, Stefan / **Vehrkamp**, Robert B. (Hrsg.), 2007, Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Enste, Dominik H., **Haas**, Heide / **Wies**, Jana, 2013, Internationaler Gerechtigkeitsindex. Analyse und Ergebnisse für 28 Industriestaaten, IW-Analysen, Nr. 91, Köln

Fetchenhauer, Detlef, 2010, Soziale Gerechtigkeit und die Natur des Menschen, in: Roman Herzog Institut (Hrsg.), Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung, München, S. 28–46

Fetchenhauer, Detlef, 2012, Deutschland auf der Couch: Was die Psychologie zur Überwindung von Reformwiderständen beitragen kann, in: Rodenstock, Randolf (Hrsg.), Vertrauen in der Moderne, RHI-Buch, München, S. 126–149

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach, 2013, Soziale Gerechtigkeit in der Wahrnehmung der Bevölkerung, Januar 2013, Allensbach

Kersting, Wolfgang, 2010, Die Bedeutung der Gerechtigkeit, RHI-Position, Nr. 9, München

Neumann, Michael / **Schäfer**, Holger / **Schmidt**, Jörg, 2010, Recht auf Aufstieg. Vom Tellerwäscher zum Millionär?, RHI-Diskussion, Nr. 13, München

RHI – Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2009, Was ist Gerechtigkeit und wie lässt sie sich verwirklichen? Antworten eines interdisziplinären Diskurses, RHI-Diskussion, Nr. 11, München

RHI (Hrsg.), 2011, Die Zukunft der Gerechtigkeit. Ergebnisse aus zwei Jahren Gerechtigkeitsforschung, RHI-Information, Nr. 10, München

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (Hrsg.), 2003–2005, Bildung neu denken, München

Der Autor

Prof. Dipl.-Phys. **Randolf Rodenstock** (MBA), geboren 1948 in München, leitete ab 1983 die Rodenstock-Unternehmensgruppe zunächst mit seinem Vater und übernahm 1990 die Geschäftsführung des Optik-Konzerns. Im Jahr 2003 wechselte der Geschäftsführende Gesellschafter der Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG in den Aufsichtsrat der Rodenstock GmbH. Er ist Präsidiumsmitglied des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Ehrenpräsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Randolf Rodenstock ist Vorstandsvorsitzender des Roman Herzog Instituts und Honorarprofessor an der Technischen Universität München.

© 2014 ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
ISSN 1863-3978 / ISBN 978-3-941036-41-3
Herausgeber:
ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.

Kontakt:
Dr. Neşe Sevsay-Tegethoff
Geschäftsführerin
ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
Telefax 089 551 78-755
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

Titelfoto, Foto Seite 2: ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.;
alle anderen: Fotolia, Gettyimages, Thinkstock
Produktion: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Köln · Berlin

Diese Publikation ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich und kann unter www.romanherzoginstitut.de bestellt werden.